

langen Einhalten vollkommen geübt. Sie wird jetzt von Oberbefehlshaber befehligt, und der Depuierter Borgeot steht mit seiner Schar, anfangs sehr beifällig aufgenommenen Kritik des Ultimatum nunmehr mit ein paar Freunden allein. Er wird jetzt umföhrer als Schwarzeber bezeugt, als auch der „Antranigant“, das Organ Voincaros, erklärt hat, daß jedes Ministerium, sei es auch ein Kabinet Voincaro, auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen müßte. Ganz in Hand mit dieser Verhüllungsaktion im Innern ging die vollständige Verkennung der Wahrheit über Obereschleffen. Die aus der furchtbaren Not und der Unterdrückung des Deutschtums geborene Selbstschußbewegung muß dazu herhalten, den politischen Aufstand und die nicht zu rechtfertigenden französischen Freiberieren in Vergessenheit zu bringen und die Schuld ausschließlich den „deutschen Völkern“ auszuweichen, die die Verhüllungsaktion über Obereschleffen. So stellt der „Matin“ fest, die Gefahr komme nicht mehr von den politischen Anführern, die den Einwürfen aus Paris und Warschau gehorchen und ihre Demobilisation beginnen, sondern von den deutschen Völkern, die sich jeden Tag unternehmungslustiger zeigen. Es bogelt Vorstellungen und Noten an Deutschland, die sich gegen die „Freiheitsbewegung“ wenden, und wenn sie auch offenbare Fügen enthalten, wie die von der Anwesenheit des Freikorps Kulack in Obereschleffen, sie dienen doch dazu, das Belurteil gegen Deutschland zu beeinflussen. Die Rede lautet ja zur Genüge, daß es Irland auf ein paar Augen mehr oder weniger nicht ankommt. Irland hofft und vielleicht nicht mit Unrecht, gerade durch diese Politik, die sich gegen angebliche deutsche Hebergriffe wendet, die einigende Plattform zu finden, von der aus England und Frankreich wieder zusammen vorgehen können. Es dürfte auch in England wohl beachtet werden, daß er der Regierung Irish Anerkennung jollt. Der Verdacht, der später folgt, daß er nicht glauben könne, daß die Stunde Frankreichs schon vorübergegangen sei, wenn man an die augenblicklichen Streitkräfte am Rhein denke, die innerhalb von 8 Stunden das Ruhrgebiet besetzen können, wird wohl von England übersehen werden. Dürfte aber der Regierung Irish trotz ihrer Verlobung schwer zu denken geben. In England herrscht eitel Freude über Briand's Rede, weil er es vermieden hat, den durch seine Politik bedingten Trennungsdurch zu ziehen, und eine endgültige Einigung von der unverminderten Aufrechterhaltung des französischen Standpunktes nicht danach außer Frage. Ebenso fraglos muß es aber leider auch für uns sein, daß diese Einigung wieder auf Rehen Deutschlands acht.

Irland hat nicht nur im Innern und Deutschland gegenüber die Zeit ausgenutzt, er hat nicht nur den vornehmlichen Völkern nicht gelassen, ihre Stellung mit französischer Hilfe noch mehr zu befestigen, er hat auch unter den Alliierten den Boden zu bereiten, um dem französischen Streben zum Siege zu verhelfen; denn Frankreich und England werden sich mit ihren entgegengesetzten Standpunkten in Douane nicht allein gegenüber stehen. Unter den Vorkriegszeiten Belgien und Italien hat Irland so gut vorgearbeitet, daß die von Lloyd George hervorzuhebende Einigkeit der Alliierten gegen Frankreich schon recht in die Brüche gekommen ist. Darüber dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben. Belgien's Haltung ist nicht zweifelhaft; denn Belgien und Frankreich arbeiten immer Hand in Hand, und wenn es sich auch aus Opportunitätsgründen manchmal der englischen Anschauung geneigt zeigt, so hat doch gerade der Jänner immer einen Vermittlungsversuch bei der Hand, der Irland stets im letzten Augenblick die Partien aufteilt, die Irland braucht, um seine Ansicht durchzusetzen. Wir halten nicht es nicht anders aus, und wir tun auf die scharfe antifranciaische Stimmung der italienischen öffentlichen Meinung keine großen Hoffnungen zu setzen. Wenn jemand anderes als gerade Graf Sforza Italien vertritt, könnten wir noch hoffen, aber Graf Sforza hat sich bisher nicht als der Mann gezeigt, der wärdig und fähig wäre, einen antifranciaischen Standpunkt energisch durchzusetzen, obwohl die italienische Stimme erheblich mehr ins Gewicht fällt, als die belgische. Zudem ist Graf Sforza in den letzten Tagen mit einem Vermittlungsversuch betraut worden, der sich mehr der französischen als der englischen Auffassung zuneigt und der eine ganz unumgängliche Verrechnung Obereschleffens bedeuten würde. Wir können also nicht erwarten, daß Graf Sforza nun neuerdings sich unparteilich auf die Seite Lloyd Georges schlagen wird. Neben also nach Amerika und Japan, von denen das letztere sich völlig in Schwächen hüllt, da unmittelbare japanische Interessen nicht berührt werden. Es dürfte sich darum einwand der Mehrheit aufstellen, während Amerika stets erklärt, daß Obereschleffen eine europäische Angelegenheit sei, in der es sich nur einmische, wenn amerikanische Wirtschaftsinteressen dadurch berührt werden. Und es rückt die Gefahr in bedrohliche Höhe, daß Lloyd George mit seinem Mediationshandwerk seine Mehrheit findet, daß auch in dieser so klaren Frage französische Dummheit und Verratpolitik triumphiert. Einem von der Mehrheit gefassten Beschluß über kann sich Lloyd George nicht widersetzen, da er in seiner Rede feierlich verkündet hat, daß er den Beschluß der Mehrheit annehmen werde.

Die Ansicht, der drohenden Entrettung noch entzinnen zu können, ist darum für uns sehr gering. Das hat uns die Rede Briand's enthüllt. Es rückt sich jetzt bitter, daß der deutschen Regierung anscheinend mehr daran gelegen war, sich durch augenblickliches bedingungsloses Einweichen auf jede französische Forderung das beschämende Vob eines Briand zu erwerben, als durch klares Betonen der deutschen Vorbeurteilungen gegenüber den Anführern und durch eine ungeschwächte Wehrhaltung der deutschen Notwehr, wie sie sich in der auch von England und Italien gebilligten Selbstschußbewegung kundtut, dem deutschen Rechtsstandpunkt zum Siege zu verhelfen. Gewiß ist Deutschland eine Medienkur in dem Kampf, der jetzt um die obereschleffische Frage geführt wird, aber hinter uns steht das Recht des Vertrages und das Recht des Abkommens, das gebürt werden muß und wird, wenn es energetisch genug vertreten wird. Wir können uns jetzt nur an die schwache Hoffnung klammern, daß es vielleicht doch noch nicht zu spät ist für ein letztes Aufstehen der Regierung.

**Eine englische Warnung an Polen.**

London, 25. Mai. Wie die englische Presse erfährt, wird Lloyd George auf der kommenden Konferenz der Alliierten beantragen, daß man Polen eine Warnung übermitteln sollte, worin die polnische Regierung für alle Schäden verantwortlich gemacht werde, die die Aufständischen in Obereschleffen anrichten. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Karlanin sich von Anfang an auf amtliche Aufträge der polnischen Regierung berufen habe und auch deren Befehle ausführte.

**Der Transport der englischen Verstärkungen.**

Berlin, 25. Mai. Wie W. T. P. von ausländischer Stelle erfährt, werden die vier englischen Infanteriebrigaden bestimmten Bataillone am 26. d. M. ihren bisherigen Standort verlassen und vermutlich am 27. oder 28. Mai in Obereschleffen eintreffen. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach zuerst nach Oppeln gebracht werden, wo Quartiere für diese Bataillone bereitgestellt werden. (W. T. P.)

**Englische Offiziere in Obereschleffen.**

Berlin, 25. Mai. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten trifft die Meldung, daß die Selbstschußorganisation

in Obereschleffen unter der Führung englischer Offiziere steht, nicht zu. Richtig ist nur, daß englische Offiziere sich zur Orientierung bei dem deutschen Selbstschuß aufhalten. Anders verhält es sich mit der von der Interalliierten Kommission zur Verhütung der Apo eingestellten 3000 Mann. Diese stehen unter Führung alliierter, also auch englischer Offiziere.

**Fortdauer der obereschleffischen Kämpfe.**

Oppeln, 25. Mai. Die Drahtverbindung mit dem Andukriegsgebiet ist noch wie vor ununterbrochen. Aus Katowice in Oppeln eingetroffene Bürger berichten über die großen Leiden der dortigen Bevölkerung. In dem übrigen Kreise ist die Lage wenig verändert. Im Kreise Kosczenberg unternahmen die Aufständischen mehrere Raubzüge. Uswosjan und Wosjan wurden von ihnen besetzt. Ein weiterer mit starken Kräften geführter Versuch in der Gegend von Jembowit auf Kosczenberg überzugehen. Die Aufständischen mußten schließlich den Bahnhof Jembowit räumen. Die Insurgenten wurden bei ihrem Vorbringen durch einen polnischen Panzerzug unterdrückt. In der Gegend von Kosczenberg haben sich die polnischen Völkern verstärkt. Bei Dolchowitz, Januszkowitz und Kosau kam es zu heftigen Schießereien. Die Polen verwandten dabei auch Mincwerfer. Auch aus dem Kreise Kosczenberg werden mehrere Zusammenstöße gemeldet. Die Kosczenberger Schüsse, sowie die Straße von Kosczenberg nach Brzesk wurde stark beschossen. Eine gegen Kosczenberg über die Ober vorgeschobene polnische Bande konnte vertrieben werden. (W. T. P.)

**Polen bildet weiter Freiwilligenkorps.**

Berlin, 25. Mai. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Warschau sind an den Straßencken Aufzüge angeordnet, in denen Freiwillige für Obereschleffen gewonnen werden.

**Deutsche Werber werden verhaftet.**

Berlin, 25. Mai. Nach einer Meldung des „V. T.“ wurde in Berlin ein gewisser W. Neischer, der versucht hat, ehemalige Baltikum-Truppen für Obereschleffen anzuwerben, auf Anordnung der Reichsregierung verhaftet.

**Hilfe für in Not geratene Obereschleffier.**

Berlin, 25. Mai. Der Reichstagsabgeordnete Kempes (D. Sp.) hat folgende Anfragen eingebracht: Nach Freimeldungen und privaten Mitteilungen ist die Not der obereschleffischen Flüchtlinge groß. Es scheint daher unbedingt erforderlich zu sein, im weitesten Maße durch Bereitstellung von Geldmitteln einzugreifen. Hat die Reichsregierung schon Maßnahmen in dieser Hinsicht getroffen? Ist sie zu tatkräftiger Hilfe bereit? — Der Reichskommissar für Zivilisolierte und Flüchtlinge hat eine Mitteilung ergeben lassen, wonach zur Schreibung der Notlage, in die unsere Obereschleffier geraten sind, nicht nur hürschende Mittel zu Gebote stehen, sondern diese auch in der Art zweckentsprechender und befriedigenderweise zur Verwendung gelangt sind, und daß ernstliche Beschwerden von Seiten der Flüchtlinge nicht zur Meldung gekommen seien.

**Ein Aktionsauschuh zum Schutze Obereschleffens.**

Breslau, 25. Mai. Die „Schlesische Volkswacht“ erfährt, daß gestern in Oberglogau eine Versammlung der Führer der politischen Gewerkschaften und Parteien statt, um für die Bewehrung des unbefestigten Obereschleffens einen Aktionsauschuh zu bilden. Der Leiter der Verhandlungen, Reichstagsabgeordneter Pfarrer Mißka, empfahl die Schaffung einer Volkssvertretung als Grundlage der Selbstschußorganisation. Diese Volkssvertretung soll in dem hürschlichen Obereschleffen neben anderen Aufgaben auch geeignete Maßnahmen treffen, um gegen etwaige neue Angriffe der Polen einen geeigneten Schutz zu bilden. Die Versammlung wählte einen Aktionsauschuh, der aus je 2 Mitgliedern des Zentrums, der Sozialdemokraten, je 1 Mitglied der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und 3 Vertretern der deutschen Volksvereine und des Selbstschußes besteht.

**Die Zukunft der Ozeisch.**

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
München, 25. Mai. Die bairischen Regierungen haben am Sonntag in München beschlossen, auch nach ihrer Entlassung die Mitglieder der Reichsregierung sofort zur Verfügung der verfassungsmäßigen Regierung zu stellen.

**Der Reichskanzler in Süddeutschland.**

Berlin, 25. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth hat gestern abend eine Reise nach Süddeutschland angetreten. Die Reise bezweckt die Einnahme mit den Regierungen der süddeutschen Freistaaten hinsichtlich der Reparations- und Entwaffnungsfrage. Die Rückkehr Dr. Wirths nach Berlin erfolgt bereits morgen. Am Freitag vormittag beginnt die Aussprache mit den Sachverhältnissen über das Reparationsproblem im Reichsfinanzministerium.

**Der bayerische Ministerrat zur Entwaffnung.**

München, 25. Mai. In dem bairischen Ministerrat, der gestern abend stattfand, haben sich die Mitglieder der bairischen Regierung einmütig dahin ausgesprochen, daß in der Entwaffnungsfrage auch in Bayern etwas Positives geschehen müsse, damit dem Reiche keine neuen außenpolitischen Schwierigkeiten erwachsen. Die Besprechungen gelten vor allem auch der Frage, wie die Entwaffnung und Auflösung der bairischen Einwohnerwehren durchgeführt werden kann, ohne daß es dabei zu größeren Meinungen oder Unruhen im Lande kommt. Am Freitag dürfte eine weitere Sitzung des Ministerrates stattfinden. Es wird damit gerechnet, daß über die Entscheidung der bairischen Regierung, sowie über die Art und Weise der Durchführung dessen, was nach dem Ultimatum der Alliierten geboten erscheint, noch in dieser Woche eine Erklärung Bayerns in offizieller Form erfolgen wird.

**Sitzung des Pariser Völkshasterrats.**

Paris, 25. Mai. Der Völkshasterrat trat heute vormittag unter Vorsitz von Jules Cambon zusammen und nahm Kenntnis von dem Bericht des Flottenkontrollauschusses über die Maßnahmen, welche die deutsche Regierung auf Verlangen der Verbändmächte zwecks Umbau der Dieselmotoren unternommen hat, zu deren Verhinderung Deutschland ermächtigt ist. Er nahm sodann den Bericht des Luftfahrtauschusses über das Inkrafttreten des Luftfahrtabkommens entgegen. (W. T. P.)  
Paris, 25. Mai. Die Konferenz in Porto-Rosa ist auf den 15. Juni festgesetzt. (W. T. P.)

**Ein neuer Kampf mit Sinnsehnern.**

London, 25. Mai. (Mentor.) Ein starker Trupp Sinnsehnern setzte heute unadmitt das große Dubliner Zollgebäude in Brand, das fast ganz zerstört wurde. Es folgte ein Feuerkampf, in dessen Verlauf sieben Sinnsehnern getötet, elf verwundet, 165 gefangen genommen wurden. Die Polizei hatte vier Verwundete. (W. T. P.)

**Zum englischen Bergarbeiterstreik.**

London, 25. Mai. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, die Regierung habe beschlossen, die Grubenbesitzer und die Bergleute auf Freitag zu einer Besprechung zusammenzuberufen. (W. T. P.)

**Die Aufbringung der Willstarden-Kunzfäden.**

Berlin, 25. Mai. Die „Nat.-Zg.“ veröffentlicht zu dem Frage der Aufbringung der Willstarden-Kunzfäden einen längeren Artikel, in dem behauptet wird, daß sie mit größter Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß eine Beschlagnahme von bisher noch nicht aufgefundenen fremden Wertpapieren erfolgen werde, um zu ermitteln, den an die Entente zu leistenden Teufelzahlungen in vollem Umfange nachzukommen. Die Beschlagnahme dieser Wertpapiere werde vermutlich in derselben Weise erfolgen wie bisher. Die Besitzer sollen vom Reich den vollen Kurswert erhalten, den dieses auf den ausländischen Börsen erzielte. Dagegen sei noch Auffassung unrichtiger Kreise entgegen vernehmlichen Freimeldungen eine Beschlagnahme der Edelmetalle und Juwelen kaum durchführbar, da eine Kontrolle über die im Privatbesitz und im Handel befindlichen Güter dieser Art bedeutend schwieriger sei, als die Auffindung der Willstarden, sich der Beschlagnahme zu entziehen.

Darum anschließend wird die Forderung einer führenden Auslandsfirma wiedergegeben, die ihrer anderem ausführt: Daß die Alliierten sich Edelmetalle und Perlen nicht zum Vadenpreise in Anrechnung bringen lassen würden, sei ohne weiteres anzunehmen. Den Besitzern würden also bei einer Beschlagnahme Abgangsurteile entstehen. Von Edelmetallen können übrigens nur Brillanten und Smaragde in Frage. Ganz unabweislich aber würde die zu erwartende Preissteigerung sein, wenn die deutsche Regierung oder die Reparationskommission nach erfolgter Beschlagnahme den Versuch machen, die Güter im Ausland abzusetzen. Durch das dann erfolgende Ueberangebot würde ein Preissturz eintreten, wie ihn der Auslandsmarkt überhaupt noch nicht erlebt habe, und es ist anzunehmen, daß der deutschen Regierung nur derjenige Betrag in Anrechnung gebracht wird, der tatsächlich erzielt werden kann. Am allerärtesten aber würde sich gegen einen solchen Plan die englische Debeers-Compagnie, die den gesamten Diamantenmarkt kontrolliert und einen starken Einfluß auf die englische Regierung ausübt, iröuben.

**Eine Entschleffung des deutschen Offiziersbundes.**

Berlin, 25. Mai. Der Deutsche Offiziersbund begann heute morgen die Tagung seiner Vollversammlung. Der Bundespräsident, General der Infanterie v. Hüller, verlas eine einstimmig angenommene Entschleffung, in der es heißt: In der unerhörten Not unseres Vaterlandes richtet der Bundesrat des Deutschen Offiziersbundes an alle, die zu uns gehören und die zu uns zählen, die bringende Aufforderung: Seigt unseren Feinden die ehrlische Verachtung, die wir ihnen wegen ihrer schmachvollen Vergewaltigung eines wehrlosen Kulturvolkes entgegenbringen. Beweist dies auch dadurch, daß wir jeden Verkeh mit Angehörigen der uns feindlichen Staaten meiden. Vermeidet den Ankauf von Waren aus feindlichen Ländern. Seigt, daß uns ein Weis und eine Befinnung besetzt. Wendenet, daß Ihr deutsch seid!

**Die „Nationalfönde“ zu den deutsch-dänischen Verhandlungen.**

Kopenhagen, 25. Mai. Zum Beginn der deutsch-dänischen Verhandlungen über die Lösung verschiedener nordischdänischer Fragen schreibt die „Nationaltidende“ u. a.: Die Reden, in denen der Minister des Auswärtigen Scavenius und Geheimrat von Körner in großen Zügen das Programm für die Verhandlungen kennzeichneten, bilden einen wertvollen Beitrag zur Beurteilung der Aussichten für ein befriedigendes Ergebnis der Arbeit in den kommenden Tagen. Scavenius gab einen Kurs an, der sich mit den Wünschen und Hoffnungen des dänischen Volkes für die direkten Verhandlungen vollkommen deckt. Wenn diese dazu führen können, daß die Verhältnisse der Grenzbevölkerung auf beiden Seiten der Grenze so werden, wie sie sein sollen, und daß gleichzeitig die Beziehungen zu Deutschland sich so gestalten, wie sie zwischen Nachbarstaaten sein sollen, wird niemand in Dänemark mehr erwarten oder fordern. Wir und viele andere haben allerdings eine andere Lösung der Grenzfrage gewünscht, jedoch rechnen wir vor allem mit der Grenze, die zur Tatsache geworden ist und schäben vollaus die Bedeutung eines guten Verhältnisses zu unsern südlichen Nachbar auf der Grundlage der Grenze, wie sie im vorigen Jahre geschaffen wurde. Das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen hängt jedoch in gleichem Maße von der Haltung Deutschlands ab. Die Antwortrede des Geheimrats von Körner begegnet daher größtem Interesse. Wenn die deutschen Unterhändler mit diesem Programm einverstanden sind, scheinen die besten Aussichten dafür zu bestehen, daß die direkten deutsch-dänischen Verhandlungen zu dem von Scavenius angegebenen Ziele führen werden. In diesem Falle wird das Ergebnis unweifelhaft den einschlägigen Beifall des dänischen Volkes finden.

**Keine Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.**

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
Paris, 25. Mai. Nach Mitteilungen aus dem Außenministerium ist keine Aufhebung der Zollgrenze am Rhein beabsichtigt, wie einige deutsche Blätter berichteten. Die Frage ist noch nicht unter den Alliierten besprochen worden.

**Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger.**

München, 25. Mai. Die Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger nahm unter überaus starker Beteiligung im großen Saale des Rinksthauses in Nürnberg einen in jeder Hinsicht harmonischen Verlauf. Dr. Faber, der erste Vorsitzende des Vereins, der in seiner Eröffnungsansprache die sich immer mehr ausweitenden Arbeiten und Bestrebungen des Vereins besonders als Appell an den anwachsenden Nachwuchs der Verlegerwelt wirkungsvoll beleuchtete und die großen nationalenpolitischen Aufgaben, die den deutschen Zeitungsverlegern gerade heute gestellt sind, hervorhob, wurde aus der Mitte der Versammlung heraus spontan der Dank des Vereins übermittelt. Ebenso einmütig war das Echo, das die vom Vorstand des Vereins vorgeschlagene Entschleffung für das bedrohte Obereschleffen fand. Der Verein deutscher Zeitungsverleger gelobt, der obereschleffischen Presse in ihrem Kampfe um die Erlösung und in dem Kampfe für die deutsche obereschleffische Heimat treu zur Seite zu stehen.

Als Vertreter des bairischen Handelsministers Dr. Hamm überbrachte sodann Oberregierungsrat Schenk dem Verein den Glückwunsch der bairischen Staatsregierung. Oberbürgermeister Dr. Kuppe sprach dem Verein im Namen der Stadt Nürnberg die besten Wünsche zur Tagung aus. Auch der Regierungspräsident von Wittelshausen, Dr. Hauer, der besonders während der Kriegszeit die Presse in ihrer schweren Lage unterstützt und gefördert hat, wohnte den Verhandlungen bei. Zu einer erhebenden Feier gestaltete sich die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft an Herrn Robert Vachem-Röhl und Direktor Helfreich-München, die in diesem Jahre auf die 27-jährige Wiederkehr des Tages zurückzuführen, an dem sie mit anderen führenden Männern der Presse den Verein deutscher Zeitungsverleger gegründet haben. An diesen offiziellen Teil schlossen sich eingehende Referate und Beratungen, bei denen die Väterfrage als besonders wichtige und schwierige Angelegenheit hervortrat. Die Beratungen über das Nachrichtenwesen und wichtige journalistische Fragen, sowie über das Post- und Telegraphenwesen in seinen speziellen Zusammenhängen mit dem Innern und äußeren Weien der Presse usw. erstreckten sich über den ganzen Tag. Als Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Hamburg gewählt. (W. T. P.)